



Foto: dpa

Nordrhein-Westfalen

Jürgen Rüttgers neuer Ministerpräsident

Nach 39 Jahren wird Nordrhein-Westfalen wieder von einem CDU-Ministerpräsidenten regiert. Der Düsseldorf-Landtag wählte den bisherigen CDU-Fraktionsvorsitzenden, Jürgen Rüttgers, zum neuen Ministerpräsidenten.

Nach seiner Vereidigung sprach Rüttgers von einem „Gefühl der Demut“ angesichts der großen und schwierigen Aufgabe, die vor ihm liege.

Ausdrücklich dankte der neue Ministerpräsident seinem Vorgänger Peer ▶

INHALT

Hans-Gert Pöttering:
Bürokratie abbauen
und mehr Wettbewerbs-
fähigkeit schaffen

Seite 8

Kampagne:
Auf die Mobilisierung
kommt es an!

Seite 6–7

HEUTE AKTUELL

■ Neues NRW-Kabinett (Seite 2) ■ Glückwunschsreiben von Angela Merkel an Jürgen Rüttgers (Seite 3) ■ Angela Merkel zum EU-Finanzgipfel: Deutschland muss Brücken bauen! (Seite 4) ■ Angela Merkel: Die Menschen sind Deutschlands Schatz (Seite 5) ■ OMV: Patenschaft Niedersachsen/Schlesien bekräftigt (Seite 9) ■ Wahltermine 2006 (Seite 9) ■ Steffen Kampeter: Eichel auf der Flucht (Seite 10) ■ Hartmut Koschyk/Thomas Strobl: Pawlowsche Reflexe bei Rot-Grün in der Zuwanderungspolitik (Seite 10-11) ■ Angela Merkel trifft den Dalai Lama (Seite 11) ■ Gerald Weiß: Kinderarmut bekämpfen (Seite 10-12) ■ Ronald Pofalla: Rot-Grün verabschiedet sich mit Pleiterekord (Seite 12) ■ Katherina Reiche/Michael Kretschmer: Bundesregierung bremst forschenden Mittelstand aus (Seite 12-13) ■ Buchtipp (Seite 13)

► Steinbrück für das, was er für „unser Land geleistet“ habe.

„Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Chancen“

Rüttgers kündigte an, er werde die Legislaturperiode nutzen, um Nordrhein-Westfalen „zu einem Land der neuen Chancen für die Menschen, insbesondere für die Kinder“ zu machen. „Nordrhein-Westfalen ist ein schönes und starkes Land.“ Mit der Opposition werde es auch zu Streit über den richtigen Weg kommen. Eines jedoch verbinde die Abgeordneten über alle Parteigrenzen hinweg: „der Wille, dieses Land in eine gute Zukunft“ zu führen. „Wir tun dies, da bin ich ganz sicher, weil wir dieses Land lieben“. Zuvor hatte Parlamentspräsidentin Regina van Dinter dem frisch vereidigten Ministerpräsidenten im Namen aller Abgeordneten „Tatkraft, Erfolg und Gottes Segen“ für seine verantwortungsvolle Aufgabe gewünscht.

CDU-MINISTER IM KABINETT

■ **Helmut Linssen** – Minister für Finanzen ■ **Christa Thoben** – Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie ■ **Karl-Josef Laumann** – Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales ■ **Barbara Sommer** – Ministerin für Schule ■ **Oliver Wittke** – Minister für Bau und Verkehr ■ **Roswitha Müller-Piepenkötter** – Ministerin für Justiz ■ **Eckhard Uhlenberg** – Minister für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ■ **Armin Laschet** – Minister für Generationen, Familie, Frauen, Integration ■ **Michael Breuer** – Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten

Zwei Tage zuvor waren die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP unterzeichnet worden, nachdem ein CDU Landesparteitag den Inhalten zugestimmt

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 2070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

hatte. Unter dem Titel: „Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Chancen“ sind darin die Konzepte zusammengefasst, mit denen CDU und FDP den politischen Neuanfang für das Land schaffen wollen.

Jürgen Rüttgers lobte anlässlich der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung besonders die partnerschaftliche und freundschaftliche Atmosphäre, in denen die Verhandlungen stattgefunden hätten. Der gemeinsame Wille zum Erfolg habe stets im Vordergrund gestanden. „Diese Koalitionsvereinbarung ist ein Stück aus einem Guss, sie trägt eine gemein-

same Handschrift“, so Rüttgers.

Die neue Landesregierung stehe vor der schwierigen Aufgabe, das Land umzubauen, ohne große finanzielle Spielräume zu haben. Deshalb müssten alle gemeinsam mit anpacken, damit NRW wieder nach vorne komme.

Die Bildungsreform sei eines der wichtigsten Ziele der neuen NRW-Regierung. Schulen und Hochschulen sollten mehr Freiheiten, aber auch mehr Eigenverantwortung erhalten. Der Koalitionsvertrag sehe die Einstellung von 4.000 zusätzlichen Lehrern vor. Mit einer Reform

der Verwaltung soll das Ziel, die Behörden bürgernah, effizient und preiswert zu gestalten, erreicht werden.

CDU und FDP verständigten sich außerdem auf eine Kürzung der Kohlesubventionen um 750 Millionen Euro sowie auf einem strikten Sparkurs. Direkt nach der Regierungsübernahme soll eine Haushaltssperre verhängt werden.

Den Text des Koalitionsvertrages finden Sie unter:
<http://www.cdunrw.de/media/Koalitionsvereinbarung.pdf>



ANGELA MERKEL: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

persönlich und im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Der heutige Tag stellt eine Zäsur in der Geschichte Nordrhein-Westfalens dar. Nach 39 Jahren regiert in der Tradition von Karl Arnold und Franz Meyers wieder ein Christdemokrat das bevölkerungsreichste Bundesland. Darüber freut sich die ganze Union mit Ihnen.

Große Aufgaben liegen vor Ihnen und Ihrer Regierung. Die Hinterlassenschaft von Rot-Grün ist eine schwere Hypothek. Aber Sie haben vor der Wahl mit klaren

Worten die Menschen für einen neuen Weg gewonnen und Sie haben im Koalitionsvertrag das verankert, was Sie vor der Wahl angekündigt haben. Damit ist ein festes Fundament des Vertrauens gelegt. Ich bin sicher, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Erfahrung machen werden: Der Wechsel lohnt sich. Das macht Mut für ganz Deutschland. Denn wenn es in Nordrhein-Westfalen wieder aufwärts geht, wachsen die Chancen, dass auch ganz Deutschland vorankommt.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

EU-Finanzgipfel

„Deutschland muss Brücken bauen!“

Nach dem Scheitern des EU-Finanzgipfels hat die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel betont, dass „gegenseitige Schuldzuweisungen“ Europa nicht aus der „unbestreitbar existierenden Krise“ herausführten.

Stattdessen müsse Deutschland wieder „eine ausgleichende Rolle“ spielen, indem es „als ehrlicher Makler“ die Interessen aller Beteiligten in der Europäischen Union im Blick habe, sagte Merkel.

Die Unions-Kanzlerkandidatin forderte, Deutschland müsse als großes Land mitten in Europa alles daran setzen, dass „Brücken gebaut werden“. Denn die vorhandenen Probleme könnten die Mitgliedstaaten nur gemeinsam lösen. Dies gelte auch für die Verabschiedung des EU-Haushalts für die Jahre 2007 bis 2013. Zugleich machte die Partei- und Fraktionsvorsitzende deutlich, dass es in der Europäischen Union kein einfaches „Weiter so“ geben dürfe.

Vielmehr sollten die Staats- und Regierungschefs die Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU ernst nehmen. Mit

Blick auf den EU-Verfassungsvertrag habe der Gipfel zwar eine „Denkpause“ verordnet. Es sei jedoch kein Prozedere erkennbar, wie die Entscheidungsfindung innerhalb Europas verbessert werden könne. Nach wie vor hätten

viele Menschen den Eindruck, dass die EU „über ihre Köpfe hinweg gestaltet“ werde. Auch bei der Erweiterungspolitik sei die Zielsetzung weiterhin unklar.

Regierungsprogramm: „Politik aus einem Guss“

Zur Ausgestaltung des Regierungsprogramms sagte die Unions-Kanzlerkandidatin, im Kern werde es darum gehen, den Menschen „Zukunftsaussichten zu vermitteln“ und ihnen zu sagen, wie das Land aus der „schwierigen Lage“ herauskomme. Priorität habe dabei die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Diese Aufgabe sowie die Konsolidie-



Angela Merkel

rung der öffentlichen Haushalte werde jedoch nur gelingen, „wenn wir zu mehr Wachstum kommen“, unterstrich Merkel.

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende kündigte an, mit einer „Politik aus einem Guss“ gegen Rot-Grün anzutreten. Das gemeinsame Wahlprogramm, das am 11. Juli vorgestellt werden soll, werde den Menschen deshalb eine „klare Alternative zur Politik des Nachbesserns“ der Bundesregierung vor Augen führen. Dazu müsse das Paket jedoch im Gesamtzusammenhang dargestellt werden. Ziel sei es, die Menschen auf dem notwendigen Reformweg mitzunehmen, so dass sie das Licht am Ende des Tunnels wieder sehen könnten.

„Die Menschen sind Deutschlands Schatz“

Im Bereich der Innovationen wird sich entscheiden, ob Deutschland sein Wohlstandsniveau halten kann oder nicht.

Diese Überzeugung betonte Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel auf einer Veranstaltung des „Politischen Forums Ruhr. „Wir müssen so viel besser sein, wie wir teurer sind“, sagte Merkel. Angesichts seiner Rohstoffarmut bleibe Deutschland nur ein Schatz, seine Menschen. Deshalb sei die Qualität des Bildungssystems ausschlaggebend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Auf der Veranstaltung plädierte die Partei- und Fraktionsvorsitzende ausdrücklich für die Einführung von Studiengebühren, sofern sie direkt den Universitäten zugutekämen. In den vergangenen Jahrzehnten habe ein gebührenfreies Studium gerade nicht dazu geführt, dass mehr Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien studiert hätten. Auch hätten sie nicht bewirkt, dass schneller studiert werde. Stattdessen habe die Freiheit von Studiengebühren dazu geführt, dass eine Krankenschwester oder ein Fach-

arbeiter mit ihren Steuern einen Studenten im 15. Semester mitfinanzieren müssen.

Merkel sagte weiter, dass die Menschen hier zu Lande häufig den Eindruck hätten, die Arbeit werde weniger. Inzwischen erlebten sie viel zu selten, dass auf Grund von Innovationen neue Arbeitsplätze entstünden, denn dies geschehe anderswo. Die Partei- und Fraktionsvorsitzende mahnte, inzwischen bestehe die Gefahr, dass neben der Kernenergie mit der Grünen Gentechnologie Deutschland ein weiterer Wertschöpfungsbereich dauerhaft verloren gehe.



EU-Richtlinien nur noch eins-zu-eins umsetzen

In diesem Zusammenhang kündigte die Kanzlerkandidatin an, im Falle eines Regierungswechsels würden EU-Richtlinien nur noch eins-zu-eins umgesetzt. Deutschland sei Teil eines Binnenmarktes, dessen Wettbewerbsregeln die Bundesregierung nicht außer Kraft setzen könne. Vielmehr müsse alles unterbleiben, was die

deutschen Unternehmen durch höhere Bürokratieaufwendungen im Vergleich zu ihrer europäischen Konkurrenz benachteilige.

Das gelte auch für das Arbeitsrecht. Die Auftragsvergabe geschehe heute häufig über das Internet mit dem Ergebnis, das sich die Zahl der Mitbewerber um einen Auftrag stark vergrößere. Um die Reaktionsmöglichkeiten der Unternehmen zu erhöhen, setze sich die Union für betriebliche Bündnisse für Arbeit ein, die innerhalb der Laufzeit eines Tarifvertrages zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten vereinbart werden können. Nur so erhielten Familienunternehmen und der Mittelstand insgesamt die Chance, in der verschärften Wettbewerbssituation mithalten zu können.

Auf die Mobilisierung kommt es an!

Die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft spielt eine immer größere Rolle für den Wahlerfolg.

Besonders Erfolg versprechend ist dabei die persönliche Ansprache vor Ort. Dies zeigen nicht nur Erfahrungen aus dem US-Präsidentenwahlkampf 2004, sondern auch die erfolgreiche Kampagne zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen:

Im „NRWin-Team“ hatten Anhänger und Sympathisanten der CDU NRW die Möglichkeit, sich für den Wechsel in Nordrhein-Westfalen zu engagieren. Diesem Angebot sind bis zum Wahltag



Bundesgeschäftsführer Johannes Thadden stellt die Freiwilligen-Kampagne auf der Kreisvorsitzendenkonferenz vor

richten. So will die CDU die Aktivitäten in den Wahlkreisen sowie die zahlreichen Angebote zur Mithilfe im Wahlkampf, die die CDU auf allen Ebenen erreichen, unter einem gemeinsamen Markendach bündeln und verstärken.

Die Vorteile für Wahlkreiskandidaten und CDU vor Ort liegen auf der Hand:

- zusätzliche Unterstützung im Wahlkreis durch ein größeres Team
- zusätzliche Mobilisierung

von Wählern und Sympathisanten

- zusätzliche Anlässe und Argumente für eine positive Presseberichterstattung
- Gewinnung von besonders engagierten Bürgerinnen und Bürgern für die CDU.

Unterstützer kann jeder werden, der bereit ist, für die Politik der Union zu werben. Die Teammitgliedschaft ist kostenlos. Ein Parteibuch ist keine Voraussetzung. Auch alle CDU-Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich als Unterstützer registrieren zu lassen.

Anmelden ist ganz einfach. Einfach auf die Kampagnenhomepage unter <http://www.unterstuetzerteam.cdu.de/> gehen und das Online-Formular ausfüllen.

Bitte werben Sie außerdem bereits heute für das Unterstützer-Team in Ihrem Wahlkreis.



über 10.000 Bürgerinnen und Bürger gefolgt - viele davon ohne CDU-Parteibuch.

Für die sich abzeichnende Bundestagswahl wird die CDU ein solches Unterstützer-Team bundesweit ein-

ANSPRECHPARTNER

Ansprechpartner in der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist im Bereich Strategische Planung Herr Björn Grünewälder (bjoern.gruenewaelder@cdu.de, Tel. 030/22070-182).

**Werden Sie Mitglied im Unterstützer-Team! Rot-Grün ist gescheitert.
Helfen Sie mit, dass so schnell wie möglich der Wechsel gelingt.**

Vorname		Nachname	
Straße		Hausnummer	
PLZ	Ort	Geburtsdatum	
E-Mail			
Mobil		Telefon	Telefax
Datum	Unterschrift *		

Vorname		Nachname	
Straße		Hausnummer	
PLZ	Ort	Geburtsdatum	
E-Mail			
Mobil		Telefon	Telefax
Datum	Unterschrift *		

Vorname		Nachname	
Straße		Hausnummer	
PLZ	Ort	Geburtsdatum	
E-Mail			
Mobil		Telefon	Telefax
Datum	Unterschrift *		

* Ich bin mit der Erhebung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z. B. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen) einverstanden und damit, dass meine Daten von der CDU dazu verwendet werden, mich über Veranstaltungen und die politische Arbeit der Partei zu informieren. Der Nutzung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen.

Vertrauenskrise überwinden

Die Überwindung der Vertrauenskrise zwischen den politisch Handelnden und den Bürgern hat der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion im EP, Hans-Gert Pöttering, als derzeit wichtigste Aufgabe der europäischen Politik bezeichnet. Im Rahmen einer Pressekonferenz fasste er die wichtigsten Aufgaben der EU in vier Punkten zusammen:



Hans-Gert Pöttering

1. Verfassungsvertrag

Es muss die Frage gestellt werden, ob Teil I und II der Verfassung, insbesondere die Grundrechtecharta und die Entscheidungsverfahren der Union in die rechtliche und damit politische Wirklichkeit umgesetzt werden können. Dies muss auf Grundlage eines breiten Dialoges zwischen dem EP und den Regierungen und nationalen Parlamenten geschehen.

2. Haushalt

Es müssen neue Prioritäten im Haushalt festgelegt werden. Der Böge-Bericht ist hierfür der Ausgangspunkt und gibt die richtige Orientierung. Einerseits ist der „Brittenrabatt“ nicht mehr zeitgemäß, andererseits sind auch weitere Reformen in der Agrarpolitik notwendig,

ohne allerdings die Förderung des ländlichen Raumes als Ziel in Frage zu stellen. Insbesondere muss über die Möglichkeiten der nationalen Kofinanzierung nachgedacht werden. Forschung und Entwicklung müssen zur Priorität im Haushalt werden, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Verabschiedung der Finanziellen Vorausschau ist wichtig, damit insbesondere die zehn neuen Länder planen können.

3. Erweiterung

Viele Menschen in der EU sind der Ansicht, dass dieser Prozess zu schnell voranschreitet. Am Grundsatz „pacta sunt servanda“ wird festgehalten: dies gilt für beide Seiten.

Im Hinblick auf die Türkei gilt die Voraussetzung, dass

Zypern vor Verhandlungsbeginn anerkannt werden muss. Das noch zu erteilende Mandat des Rates für die Verhandlungen muss auch eine Bestimmung enthalten, dass die Verhandlungen ergebnisoffen sind und auch zu einer „privilegierten Partnerschaft“ führen können.

Der Beitrittstermin Rumäniens und Bulgariens ist abhängig vom Fortschrittsbericht der Kommission. Beide Länder sollten ihrerseits alles tun, um die notwendigen Reformen weiterzuführen, damit der Termin eingehalten werden kann.

4. „Brüsseler Bürokratie“

Die Kommission muss alle laufenden Gesetzgebungsverfahren im Hinblick auf vier Kriterien prüfen: Kosten der Maßnahme, bürokratischer Aufwand, Subsidiarität und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Nur Maßnahmen, die im Hinblick auf alle vier Kriterien zu rechtfertigen sind, sollten noch weiterverfolgt werden.

Konkret bedeutet dies, dass die Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien sowie REACH zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen müssen.“

Patenschaft Niedersachsen/ Schlesien bekräftigt

Künftig macht eine Bronzetafel mit den Wappen Niedersachsens, Schlesiens und Oberschlesiens und dem Schriftzug „Patenschaft seit 1950“ die Besucher der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin auf die seit nunmehr 55 Jahren bestehende Patenschaft des Landes Niedersachsen mit der Landsmannschaft Schlesien aufmerksam.

In einer Feierstunde enthielt der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und stellv. CDU-Bundesvorsitzende Christian Wulff die Bronzetafel. Außer Wulff und dem Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Aussiedler Rudolf Götz, hielt der Ehrenvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien und ehemalige Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka eine bewegende Ansprache. Besonders herzlich begrüßte Wulff den niedersächsischen Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, den langjährigen CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der OMV in der CDU/CSU.



v.l.n.r.: Hans-Jürgen Zimmermann, die Fraktionsprecherin für Vertriebene und Aussiedler Editha Lorberg, MdL, Rudolf Götz, MdL, Herbert Hupka, Christian Wulff und Helmut Sauer (Salzgitter)

Durch die Vertreibung waren nach 1945/46 ca. 800.000 Schlesier nach Niedersachsen gekommen. Niedersachsen ist das Bundesland, das die meisten heimatvertriebenen Schlesier aufgenommen hatte. Jeder dritte Niedersachse

hat schlesische Vorfahren. Mit der Gestaltung der Bronzetafel wurde der in Hannover lebende Maler und Bildhauer Hans-Jürgen Zimmermann beauftragt, der ebenfalls schlesischer Abstammung ist.

WAHLTERMINE 2006

- | | |
|-----------------------|-----------------------------------------|
| 26. März 2006 | Landtagswahl Baden-Württemberg |
| 26. März 2006 | Landtagswahl Rheinland-Pfalz |
| 26. März 2006 | Landtagswahl Sachsen-Anhalt |
| 26. März 2006 | Kommunalwahlen Hessen |
| 07. Mai 2006 | Kommunalwahlen Thüringen |
| September 2006 | Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern |
| September 2006 | Kommunalwahlen Niedersachsen |
| September 2006 | Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen Berlin |

Eichel auf der Flucht

Mit der Ankündigung der Bundesregierung, der Bundesfinanzminister werde am 6. Juli einen vollständigen Etatentwurf für das Jahr 2006 vorlegen, tritt Rot-Grün endgültig die Flucht in die finanz- und haushaltspolitische Unverbindlichkeit an. Mit einem dreifachen Wortbruch soll die rot-grüne Verantwortung für den Staatsbankrott kaschiert werden:

■ In der absehbar letzten Sitzungswoche des 15. Deutschen Bundestages vom 27.06. bis 1.7.2005 wird es keine Unterrichtung des Haushaltsgesetzgebers über die desolante Finanzlage des Bundes geben;

■ Die Bundesregierung drückt sich um einen verantwortlichen Beschluss und die dazugehörige Zuleitung an Bundesrat und Bundestag. Der Etatentwurf 2006 degeneriert zu Hänschens völlig unverbindlicher Milliardenräumerei;

■ Die Bundesregierung hintertreibt die notwendige parlamentarische Auseinandersetzung über ihre katastrophale haushaltspolitische Hinterlassenschaft.

Die Union behält sich vor, nach Vorlage des Eichel-Entwurfs für 2006 eine Sonder-



Steffen Kampeter

sitzung von Haushaltsausschuss und/oder Plenum zu fordern.

Steffen Kampeter ist Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss,

Pawlowsche Reflexe bei Rot-Grün in der Zuwanderungspolitik

Es ist offensichtlich so, dass Rot-Grün immer dann, wenn Wahlen anstehen, über die Zuwanderungspolitik nicht sprechen und auch Sprechverbote für andere erteilen möchte. Reflexartig reagieren sie dann auf Äußerungen von Unionspolitikern zur Zuwanderungspolitik.

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein und der stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, haben Recht, wenn sie auch die

Zuwanderungspolitik als Wahlkampfthema reklamieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wo die Parteien in dieser Frage stehen. Wir lassen uns weder von Rot-Grün noch von der FDP die Themen diktieren. Sondern wir werden nicht aufhören, das anzusprechen – vor einer Wahl und nach einer Wahl – was wir für richtig und wichtig erachten. Sprechverbote gibt es nicht.

Für CDU und CSU ist die Zuwanderungspolitik immer ein Thema. Wir sind sehr froh, dass wir uns in wichtigen Bereichen beim im letzten Jahr verabschiedeten Zuwanderungsgesetz durchsetzen konnten. Wenn Rot-Grün in dieser Frage gekonnt hätte, wie vor allem Grün gewollt hätte, dann hätten wir schon heute eine nahezu unbremste Zuwanderung nach Deutschland. Das kann ernsthaft niemand bestreiten.

Die skandalöse Entwicklung in der Visa-Affäre, wo hunderttausende von Schwarzarbeitern, Prostituierten, Kriminellen, ja sogar Terroristen durch aktive Mithilfe des Auswärtigen Amtes mit Besuchsvisa nach Deutschland und damit in die EU eingeschleust wurden, zeigt uns ja, welche Zuwanderungspolitik die Grünen in Wahrheit gerne ge-



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

macht hätten. „Multi-Kulti“ wurde auch gegen geltendes Recht gemacht, von den gleichen Leuten, die jetzt aufschreiben.

Die Äußerungen von Frau Beck, die Bosbach und Beckstein „Bösartigkeit“ unterstellt, weil sie vor einer neuen Einwanderungswelle gewarnt haben, fällt angesichts der miserablen Bilanz der rot-grünen Regierung auf sie selbst zurück. Es ist Ausdruck von Hilflosigkeit und Verzweiflung – gepaart

mit grüner Arroganz.

Frau Beck täte gut daran, sich in der Frage der Zuwanderung an Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zu halten, der erst am 13.06.

in einem Interview der Zeitschrift „Focus“ erneut betonte, dass sich Deutschland in den letzten 15 Jahren mit der Zuwanderung von Menschen aus völlig anderen kulturellen Welten übernommen habe. Schmidt wörtlich: „Wir sind nicht in der Lage gewesen, alle diese Menschen zu integrieren. 7 Millionen Ausländer in Deutschland sind eine fehlerhafte Entwicklung, für die die Politik verantwortlich ist.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** der Obmann der Fraktion im Innenausschuss.

Kinderarmut bekämpfen

1,1 Millionen Kinder lebten 2003 in der Sozialhilfe – das ist eine der bitteren Zahlen aus dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht, den die rot-grüne Bundesregierung vorgelegt hat. Wie wenige andere Zahlen dokumentiert diese Zahl das Scheitern des rot-grünen Projekts.

Wenn Spielräume für eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs vorhanden sind, so gilt es vor al-

ANGELA MERKEL TRIFFT DEN DALAI LAMA

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, traf sich in Berlin mit dem Dalai Lama zu einem persönlichen Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand das Bemühen des Dalai Lama, mit der Peking-Zentralregierung zu einer Vereinbarung über einen erweiterten Autono-

miestatus Tibets innerhalb Chinas zu gelangen. Angela Merkel und der Dalai Lama waren sich einig, dass nur ein friedlicher, aber ehrlicher politischer Dialog Aussicht auf Erfolg haben kann. An dem Gespräch nahm auch Herrmann Gröhe, Sprecher der Arbeitsgruppe Menschen-



rechte und Humanitäre Hilfe der Bundestagsfraktion, teil.



Gerald Weiß

lem, diese Kinderarmut zu bekämpfen. Es kommt darauf an, Kinder auf Dauer aus der Sozialhilfe bzw. Hartz IV zu holen. Darin ist sich die Arbeitnehmergruppe mit der Spitze des Familienbundes der Katholiken einig

Mit ihren Plänen für ein einkommensabhängiges Elterngeld setzt Rot-Grün die falschen Akzente. Von einem Elterngeld profitieren vor allem Besserverdienende. Wer hat, dem wird gegeben – das verstehe, wer wolle.

Gerald Weiß ist der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Rot-Grün verabschiedet sich mit Pleiterekord

Rot-Grün hat mit der wirtschaftsfeindlichen Chasopolitik der vergangenen

Jahre Tabularasa in Deutschland gemacht und verabschiedet sich jetzt mit einem neuen Pleiterekord.

Die neuen Insolvenzzahlen sind der bittere Beleg für die desaströsen Auswirkungen einer verfehlten und in sich unstimmigen Regierungspolitik.

Wenn in den USA und Osteuropa die Unternehmenspleiten zurückgehen und es gleichzeitig in Deutschland einen Zuwachs gibt, der doppelt so hoch ist wie in ganz Westeuropa, dann stimmen die Wirtschaftsbedingungen hierzulande im Grundsatz nicht.

Die Zeit unkoordinierter „Klein-Klein-Versuche“, die nur die Symptome kurieren, nicht aber die Ursachen der Wirtschaftskrise beheben, muss daher endlich ein Ende haben.

Anstatt ausländische Investoren pauschal zu kritisieren und über neue Sondersteuern nachzudenken, brauchen wir einen grundlegenden Neuanfang der Politik von A bis Z.

Dazu müssen wir wieder Rahmendingungen schaffen, die erfolgreiches Wirtschaften überhaupt erst möglich machen. Dazu zählt die Steuerpolitik ebenso wie der Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und die Energiekosten.

Die amtierende Bundes-



Ronald Pofalla

regierung ist mit dieser immensen Aufgabe ganz offenkundig überfordert.

Ronald Pofalla ist der Stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bundesregierung bremst forschenden Mittelstand aus

Die aktuellen Haushaltssperren für Innovationsprogramme wie INNO-WATT im Bundeswirtschaftsministerium zeigen wieder einmal: Innovationspolitik ist bei Rot-Grün ein ständiges Stopp and Go. Forschende KMU werden jedes Jahr aufs Neue ausgebremst, weil die Bundesregierung Innovationsprogramme mit Haushaltssperren belegt. Derzeit warten viele Institute in den neuen Ländern vergebens darauf, dass ihre bereits positiv bewilligten Projekte im Programm INNO-WATT fi-



Katherina Reiche



Michael Kretschmer

nanziert werden. Doch Fehl-
anzeige: Das Bundeswirt-
schaftsministerium musste
in einer Kleinen Anfrage der
CDU/CSU-Bundestagsfrak-
tion „Förderung von For-
schung und Entwicklung in
Ostdeutschland“ zugeben,
dass es in 2005 keine Neu-
Bewilligungen für FuE-Pro-
jekte geben wird. Viele KMU
geraten ernsthaft in Gefahr.
Der Bundesregierung ist es
nicht gelungen, eine in sich

konsistente und
wirkungsvolle
Förderstrategie
für den forschenden
Mittelstand in Ostdeutsch-
land vorzulegen. Gerade KMU in
den neuen Län-
dern brauchen

eine Förderpolitik, die dau-
erhaft und verlässlich ist,
weil sie Innovationsvorha-
ben oft nicht alleine vorfi-
nanzieren können und auf
verlässliche staatliche För-
derung angewiesen sind. Rot-Grün betreibt das Ge-
genteil einer seriösen Förde-
rung: Auch die FuE-Pro-
gramme „PRO INNO II“ und
„NEMO“ im Bundeswirt-
schaftsministerium sind mit
Haushaltssperren belegt

(„PRO INNO II“: 16 Mio. Euro
in 2005/ NEMO: 600.000
Euro). So war absehbar, dass
dies zu erheblichen Verzöge-
rungen und Ausfällen in der
Förderung führen würde.

Wieder einmal hat die
Bundesregierung durch ihre
dilettantische Haushalts-
planung die Förderland-
schaft Ost auf unverant-
wortliche Weise ausge-
bremst. Schon heute ist klar:
Auch 2005 ist ein verlorenes
Jahr für Forschung und Ent-
wicklung kleiner und mittlere
Unternehmen in Ost-
deutschland.

Katherina Reiche ist die
forschungspolitische Frak-
tionssprecherin, **Michael
Kretschmer** ist der Bericht-
erstatte für Forschung in
den Neuen Ländern.

BUCHTIPP



- **Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU,**
hrsg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung,
3-451-22996-X, 374 Seiten, Juni 2005,
5,15 Euro

Die CDU ist mit der deutschen Geschichte seit 1945 aufs eng-
ste verbunden. Als überkonfessionelle Volkspartei der Mitte
gegründet, entwickelte sie sich in 60 Jahren zur erfolgreich-
sten Partei nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.
Mit den von ihr gestellten Kanzlern Konrad Adenauer, Lud-
wig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl hat sie
„Geschichte gemacht“. Ein von der Konrad-Adenauer-Stif-
tung herausgegebener Aufsatzband würdigt die Leistungen
der CDU, ihre historische und programmatische Entwicklung
und die Weichenstellungen, mit denen sie die Bundesrepu-
blik Deutschland nachhaltig geprägt hat.

Materialien für die Aktionsvorschläge im CDUnet



Blumendose:

Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose. Alles was die Pflanze braucht, ist schon in der Dose enthalten. Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben (Pflegeanleitung liegt bei).

Bestell-Nummer: **9118 a**

Preis je **1 Stück: 1,80 €**

inkl. MwSt.: 2,09 €

Originalabbildung der Blumenzüchtung in der Dose!



Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**

Preis je **70 Stück: 45,00 €**

inkl. MwSt.: 48,15



Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**

Preis je **Box: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 052 41-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

ab 30.06.2005 lieferbar:

Folder
„Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser.“ (Ländervergleich)

Bestell-Nummer: **2865**
 Preis je 50 Stück: **15,25 €**
 inkl. MwSt.: 16,32 €



Broschüre
„7 Jahre Rot-Grün – eine Bilanz“

Bestell-Nummer: **5210**
 Preis je 100 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 22,47 €



Plakat
„Rot-Grün gescheitert“

DIN A1
 Bestell-Nummer: **7211**
 Preis je 50 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 24,36 €

DIN A0
 Bestell-Nummer: **7212**
 Preis je 50 Stück: **39,00 €**
 inkl. MwSt.: 45,24 €



Die neue Wandzeitung

Rot-Grün
gescheitert.

**Deutschland braucht
den Wechsel.**

Besser für die Menschen.



CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.